

Forsa-Umfrage zeigt: 90 Prozent der Bevölkerung sehen Probleme in der Bildung als größte Gefahr für Deutschlands Zukunft – DPhV fordert: Bildung muss politische Kernaufgabe werden!

Berlin, 23. Januar 2026 – Die Ergebnisse der aktuellen Forsa-Erhebung „Aktuelle Gefährdungspotenziale für Deutschland“* im Auftrag des dbb – beamtenbund und tarifunion machen unmissverständlich deutlich: 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sehen Probleme in der Bildung als größte Gefahr für Deutschlands Zukunft. So steht Bildung noch vor der Zunahme gesellschaftlicher Spannungen (88 Prozent), einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich (85 Prozent), zunehmendem Rechtsextremismus (70 Prozent) oder auch dem Klimawandel (62 Prozent) an der Spitze der gesellschaftlichen Sorgen – und zugleich im Zentrum der Erwartungen an eine zukunftsorientierte Politik.

„Diese Zahlen sind kein Ausdruck von Resignation, sondern ein klarer Auftrag, den Blick nach vorn zu richten“, erklärt Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbands (DPhV). „Die Menschen wissen: Die Zukunft unseres Landes entscheidet sich im Klassenzimmer. Sie verstehen Bildung ganz klar als priorisierte politische Aufgabe zur Sicherung unserer Demokratie, unserer Wirtschaftskraft, unserer Freiheit und Sicherheit.“

Bemerkenswert ist die parteiübergreifende Übereinstimmung in der Problemwahrnehmung. Unabhängig von politischer Orientierung halten große Mehrheiten die Lage im Bildungswesen für (sehr) problematisch. Zugleich zeigt die Studie, dass 68 Prozent der Befragten dem öffentlichen Dienst – und damit auch den Schulen – eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zuschreiben. „Das ist ein starkes Vertrauenssignal“, so Lin-Klitzing. „Es verpflichtet Politik und Verwaltung gleichermaßen, die Rahmenbedingungen endlich konsequent zu verbessern und den Fokus wieder klar auf das Leistungsprinzip zu legen.“ In diesem Zusammenhang weist der DPhV auch auf die besondere Rolle des Berufsbeamtentums hin: „Der Beamtenstatus der Lehrkräfte mit seinem Streikverbot sichert die Stabilität und Verlässlichkeit des Bildungssystems – und damit einen zentralen Pfeiler unserer demokratischen Ordnung. Wer an dieser Verlässlichkeit rüttelt, gefährdet nicht nur den Schulbetrieb, sondern das Vertrauen in den Staat insgesamt“, weiß Lin-Klitzing.

Für den Deutschen Philologenverband steht fest: Eine zukunftsfähige Bildungspolitik muss Leistungsförderung wieder in den Mittelpunkt rücken. Nur so können selbstdenkende, verantwortungsbewusste und aktiv teilhabende junge Menschen heranwachsen, die unsere Demokratie schützen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sichern und unserem Land eine positive Perspektive eröffnen.

Der DPhV fordert deshalb einen klaren bildungspolitischen Aufbruch mit konkreten Maßnahmen:

- **diagnoseindizierte vorschulische Förderung** als verbindlichen Bestandteil früher Bildung,
- einen **systematischen Ausbau des Grundwortschatzes** sowie **zusätzliche Deutschstunden in Grundschule und Mittelstufe**,
- eine konsequente **Stärkung der Bildungssprache Deutsch** in allen Fächern,
- eine **verbindliche Schulartempfehlung** als Grundlage passgenauer Bildungswege,

- **das klare Bekenntnis dazu, dass Schülerinnen und Schüler wieder mehr wissen und mehr können müssen,**
- die **hohe Bedeutung der Rechtschreibung** als Schlüssel gelingender Kommunikation und gesellschaftlicher Teilhabe,
- eine **höhere Gewichtung der Rechtschreibkompetenz auch in Abiturklausuren,**
- eine **bessere Passung von Leistung und Leistungsbewertung,**
- eine **qualitativ hochwertige Lehrkräftebildung in allen drei Phasen**, auch in Zeiten des Lehrkräftemangels – ohne Abstriche bei der Fachlichkeit, ohne „duale“ Kürzungsmodelle, ohne die Ausbeutung von Studierenden und Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern zur bloßen Unterrichtsabsicherung,
- sowie eine **nachhaltige Stärkung der Bestandslehrkräfte** durch Entlastung, gezielte Fortbildung und verlässliche Karriereperspektiven.

Lin-Klitzing: „Bildungspolitik darf sich nicht im Krisenmanagement erschöpfen. Sie braucht eine klare Zukunftsagenda, die Leistung ermöglicht, Qualität sichert und Verlässlichkeit garantiert.“

Wir sind überzeugt: Wenn Politik jetzt konsequent in Bildung investiert und Leistungsförderung stärkt, kann aus der aktuellen Problemdiagnose eine Erfolgsgeschichte werden. Die Forsa-Zahlen sind kein Abgesang auf das Bildungssystem. Sie sind die Aufforderung, Bildung entschlossen als Zukunftsaufgabe zu begreifen – für starke Schulen, eine stabile Demokratie und ein leistungsfähiges Deutschland.“

Der [Deutsche Philologenverband \(DPHV\)](#) ist die Dachorganisation der Philologenverbände der Bundesländer. Die Mitglieder sind Lehrkräfte an Gymnasien und anderen Bildungseinrichtungen, die zum Abitur führen, sowie Lehrbeauftragte an den Hochschulen, vornehmlich in der Lehrkräftebildung. Der Verband wurde 1903 in Halle gegründet und organisiert zurzeit 90.000 Einzelmitglieder in 15 Landesverbänden. Er unterstützt die Zusammenarbeit mit Lehrerverbänden im In- und Ausland und ist Mitglied im „dbb beamtenbund und tarifunion“ und im Deutschen Lehrerverband (DL).

* Die forsa-Umfrage finden Sie als PDF anbei.